

Die Slawen gegen das Manifest.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

kl Wien, 17. Oktober.

Die Aufnahme, die Ministerpräsident Hussarek mit der von ihm ausgearbeiteten Proklamation bei den einzelnen Nationalitäten gefunden hat, ist die denkbar schlechteste. Es war denn auch heute im Reichsrat das Gerücht verbreitet, daß das Manifest eben wegen dieser schlechten Aufnahme nicht zur Veröffentlichung gelangen werde. Demgegenüber erklärte Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek, der die polnischen Abgeordneten um 12 Uhr empfing, das Manifest werde auf jeden Fall erscheinen. Freilich hat es wesentliche Veränderungen erfahren. Es ist kurz gefaßt und spricht überhaupt nicht von Grenzen, sondern nur allgemein von Siedlungsgebieten. Man nennt auch nicht die Zahl der zu errichtenden Staaten, so daß also auch die Italiener und Rumänen sich konstituieren können. Es wird dagegen die Integrität Ungarns betont.

Die Tschechen haben der Einladung des Ministerpräsidenten nicht Folge geleistet, sondern durch das Präsidium ihres Verbandes dem Freiherrn v. Hussarek folgenden Brief gesandt:

„Es ist uns die Ehre zuteil geworden, zu Eurer Exzellenz zu heute abend eingeladen zu werden. Dem Betnehmen nach sollen da Mitteilungen über den Umbau Oesterreichs in einen Bundesstaat gemacht werden. Aus Gründen, die Eurer Exzellenz bekannt sind, können wir einer solchen Lösung des tschechisch-slowakischen Staates nicht zustimmen und ersuchen daher, unser Nichterscheinen zu entschuldigen.“

Diese deutliche Absage dürfte von den Südslawen mit unterschrieben werden.

Die ukrainischen Abgeordneten haben dem Ministerpräsidenten sogleich offiziell erklärt, daß sie mit dem Vorschlage nicht einverstanden sind, weil er über ihre Forderungen nichts Greifbares enthalte und nur allgemeine Richtlinien aufstelle. Die Polen waren überhaupt nicht eingeladen worden, da ihr Präsidium sich in Warschau befindet und die Proklamation ihnen freie Hand läßt, in welcher Form sie ihren staatlichen Ausbau und Anschluß an Oesterreich vollziehen wollen. Das Manifest hat in polnischen Kreisen große Bestimmung hervorgerufen, und die Aktivisten sowie die Anhänger der austro-polnischen Lösung haben bewirkt, daß sich jetzt alles Interesse auf Warschau konzentriert, der Maximalisten-Gruppe Glombinski zu.

Ein Aufruf der Deutsch-Böhmen.

Für den Anschluß an Deutschland.

kl Wien, 17. Oktober.

Aus Prag wird gemeldet, daß der Deutsche Volksrat für Böhmen in Lodossitz eine aus allen Teilen Deutsch-Böhmens zahlreich besuchte Vollversammlung abhielt, über deren Beschlüsse folgendes bekanntgegeben wird: „Der deutsche Volksrat für Böhmen nimmt mit Genugtuung den Beschluß aller deutschen Reichsratsabgeordneten Böhmens zur Kenntnis, sich als berufene Vertretung des gesamten deutschen Volkes in Böhmen zu einer Nationalversammlung zu vereinen und aus ihrer Mitte einen Nationalausschuß zu wählen. Der deutsche Volksrat erwartet den sofortigen Zusammentritt dieser Nationalversammlung und erblickt deren erste Aufgabe in der Geltendmachung des Selbstbestimmungsrechts Deutsch-Böhmens durch Anschluß an das Deutsche Reich. Der deutsche Volksrat betrachtet jedwede Verhandlung, die auch nur die Möglichkeit einer Einverleibung Deutsch-Böhmens in den tschechischen Staat zum Gegenstand hat, als Preisgabe unseres Volkstums und seiner politischen und wirtschaftlichen Zukunft. Der deutsche Volksrat hat alle Vorkehrungen in Betracht gezogen, um jedem Versuch einer gewalttätigen Einbeziehung Deutsch-Böhmens in den tschechischen Staat mit Gewalt zu begegnen. Um dem deutschen Volk Böhmens Gelegenheit zu geben, seinen entschlossenen Willen zum Ausdruck zu bringen, wird der Nationalausschuß ersucht, in kürzester Zeit einen großen Volksrat einzuberufen.“

Der südslawische Nationalrat.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Ugram, 17. Oktober.

Heute bildete sich hier der südslawische Nationalrat, der die Aufgabe hat, den südslawischen Staat zustande zu bringen. Der Ausschuß besteht aus 33 Mitgliedern; Vertreter Kroatiens, Sloweniens, Dalmatiens, Istriens, Bosniens, der Herzegowina, ferner solche aus Kärnten, Krain und Steiermark sind darin vertreten, somit sämtliche südslawische Staaten und Volksteile. Der Ausschuß wurde mit der Mission betraut, die Verhandlungen und die Propaganda im Interesse der Errichtung der südslawischen Staaten zu führen. Der Ausschuß steht auf dem Standpunkt eines selbständigen, einheitlichen südslawischen Staates. Die Ausführungen des ungarischen Ministerpräsidenten, der noch immer von südslawischen Fragen spricht, wurden in diesem Ausschusse ironisch kommentiert. — In Ugram herrscht eine begeisterte Stimmung. Es werden kroatische und tschechische Lieder gesungen, aber auch die Marxellatse, die lebend angehört wird.

Budapest, 17. Oktober.

Ministerpräsident Dr. Bekere stellte in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses die Verleihung individueller Rechte an die in Ungarn lebenden Nationalitäten in Aussicht. „Unser Verhältnis zu Kroatien“, fuhr Bekere fort, „unterliegt selbstverständlich einer anderen Beurteilung, da die kroatische politische Nation und ihr Gebiet nicht nur gesetzlich anerkannt, sondern auch gewährleistet wird. Unter Wahrung und Aufrechterhaltung der Staatsgemeinschaft geben wir bereitwillig dem Wunsche der Kroaten Raum, das mit ihnen getroffene und im Gesetzentwurf vom Jahre 1868 inaktivierte Abkommen auf dem dort vor-

geschriebenen Wege einer Revision zu unterziehen und die Erfüllung ihrer Wünsche im Sinne ihrer selbständigen Entwicklung möglichst zu machen.“

Wassilkows Anklagerede.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

kl Wien, 17. Oktober.

In der Delegation hielt heute nachmittag der ungarisch-ukrainische Abgeordnete v. Wassilko die von mir bereits angekündigte, aufsehenerregende Rede (s. die gestrige Ueberausgabe der „Vossischen Zeitung“), in der er eine Reihe unbekannter diplomatischer Dokumente der letzten Zeit, die zur Beleuchtung der gegenwärtigen Lage wesentlich beitragen, bekanntgab. In der Rede erklärte er es für ein Zeichen der Weltfremdheit des Grafen Burian, aus gesetzlichen Vertretungskörpern einen Beirat für die diplomatischen Verhandlungen schaffen zu wollen. Er sei ein magyarischer Aristokrat, aber ohne direkte Fühlung mit der Bevölkerung, die er nicht gesucht habe, da er einzig die oberen Schichten vertrete. Wie sollte dieser Mann mit den Regierungen der Entente verfahren, deren Stärke gerade auf ihrem Zusammenhange mit den Volksmassen ihrer Nationen beruhe? „Graf Burian“, sagte Wassilko, „war längere Zeit in Bulgarien. Man rühmte ihm eine genaue Kenntnis der bulgarischen Verhältnisse nach. Nachdem hat kaum vierzehn Tage nach seinem letzten Gespräch mit dem Zaren Ferdinand von Bulgarien dieses uns im Stich gelassen, und zwar kam dies für den Grafen Burian „überraschend“. Jetzt belästigt er andauernd die Polen mit seinen Emisären, welche mit Hartnäckigkeit für die austropolnische Lösung eintreten. Er soll das letzte Halbjahr, das diplomatisch das wichtigste in diesem Kriege ist, statt Deutschland zu einem Verständigungsfrieden zu bewegen, es unausgeseht für seine fixe Idee der austropolnischen Lösung zu gewinnen gesucht haben. Ebenso wurde er den Polen zuliebe den Ukrainern wortbrüchig. Er hat eine solche Bestimmung in Deutschland erzeugt, daß er natürlich in der wichtigen Friedensfrage dort jeden Einfluß verloren hat. Er machte sich weiter, indem er für die Idee der Loslösung Galiziens von Oesterreich eintrat, zu einem Schrittmacher für die Loslösungsbestrebungen aller übrigen Nationen in Oesterreich.“

Wassilko, der selbst in Brest zugegen war, berichtete weiter: „Es dürfte dem Grafen Burian nicht unbekannt sein, daß die Stärke der ukrainischen Volksrepublik in Brest auf drei Faktoren beruhte: 1. darauf, daß Trocki kein Burian, sondern ein Idealist war, welcher einer Idee wegen solange wie möglich die Friedensverhandlungen verzögerte; 2. daß unser lieber Ministerpräsident Dr. Richard von Seidler hier folgt ein harter Ausdruck Furcht hatte und in Angstdepechen den unzweifelhaften Ausbruch der Revolution in Wien ankündigte, wenn kein Friede in Brest-Bitowst zustande käme; 3. daß unser militärischer Nachrichtendienst im Osten keine Ahnung davon hatte, daß die russische Front schon zusammengebrochen war. Das sind die wahren Gründe, weshalb der Frieden mit der Ukraine geschlossen wurde um jeden Preis, den die ukrainische Volksrepublik verlangte; und sie verlangte die Trennung Ostgaliziens und der nördlichen Bukowina. Beim Grafen Burian traten alle anderen Schwierigkeiten und Folgen zurück vor der fixen Idee, daß unser Kaiser König von Polen werden könnte, gleichgültig, ob dabei ein Stück von Oesterreich und ein Stück des preussischen Bundesgenossen stüben geht. Die Ukrainer stoßen jetzt den Ruf aus: Los von der polnischen Herrschaft! Wenn zwischen uns und der habsburgischen Dynastie keine Unmittelbarkeit der Beziehungen bestehen kann und sich die Polen hineinschieben, so ist dieses Band zwischen Dynastie und der Ukraine zerrissen, und wir sind gezwungen, die äußerste Konsequenz zu ziehen, nämlich unser Selbstbestimmungsrecht zu verlangen.“

Wassilko deutete an, daß auch die Südslawen Enthüllungen über die Diplomatie des Grafen Burian zu machen haben werden. Er sei nicht zu der Mitteilung berufen, welche Attentate Burian gegen die Südslawen geplant habe. Weiter erklärte Wassilko, daß Graf Burian während seiner Amtswirkksamkeit das Verhältnis zu Deutschland verdorben habe. Das Angebot zu Friedensverhandlungen sei angeblich mit Wissen Deutschlands erfolgt, so habe er es immer dargestellt. Selbst Gegner des Bündnisses mit Deutschland müssen zugeben, daß, nachdem wir vier Jahre lang mit Deutschland Schulter an Schulter gekämpft haben, wir auch am konferenztisch gemeinsam und harmonisch vorgehen müssen, und daß daher das Mißtrauen, welches Berlin gegen Burian hegt — und ich glaube diesbezüglich sehr gut informiert zu sein —, uns bei den kommenden Friedensverhandlungen, wenn er an denselben teilnehmen sollte, viel Schaden bringen kann. Das heutige Herrenhaus-Schlagwort lautet: Einen Minister, der den Frieden bringt, sündigt man nicht! Den Frieden bringt uns Graf Burian nicht. Deutschland fügt sich der zwingenden Notwendigkeit, Frieden zu suchen, und deshalb kommen wir zum Frieden, keineswegs aber durch die diplomatische Geschicklichkeit des Grafen Burian, der von seinen Getreuen geküßelt die Version verbreiten ließ, er habe nach der bulgarischen Ueberaushebung Deutschland verhindert, ein sofortiges Waffenstillstandsangebot zu machen. Präsident Wilson hat bis heute die österreichische Note nicht beantwortet. Nur wenge werden sich an ein öffentliches Communiqué aus der ersten Ministerschaft des Grafen Burian erinnern, welches lakonisch lautet: „Die Entsendung eines österreichisch-ungarischen Botschafters nach Washington wird derzeit nicht in Erwägung gezogen.“ Auch Wilson ließ längst durch ein Communiqué sagen, Oesterreichs Note werde derzeit nicht in Erwägung gezogen. . . Um den Zusammenhang dieser beiden Verlautbarungen zu finden, muß man sich daran erinnern, daß, nachdem der Botschafter von Dumba Washington verlassen hatte, Präsident Wilson an Oesterreich das Ersuchen stellte, möglichst bald einen anderen Botschafter nach Washington zu entsenden. Wilson erhielt darauf die oben zitierte Antwort; und jetzt soll Graf Burian Minister des Auswärtigen bleiben, der mit Wilson zu verhandeln hätte!“

Karl Laban